KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 292 - 33. Jahrgang
MAI 2025
Spendenbeitrag 50 Cent

DIE HOFFNUNG ORGANISIEREN

Am 9. und 10. Mai fand die 3. Tagung des 9. Parteitags der Partei Die Linke in Karl-Marx-Stadt statt. Der Parteitag begann mit einem Dank des Bundesgeschäftsführers Janis Ehling an die „Altmitglieder“ der Partei, die in finsteren Zeiten durchgehalten und den Wahlerfolg vom Februar möglich gemacht hätten. Wir hätten uns gemeinsam den Stolz auf das Linkssein zurückgegeben. Jetzt dürften wir jene nicht enttäuschen, die ihre Hoffnung auf uns setzen. Der Parteitag habe die Aufgabe zu beraten, was wir Friedrich Merz und dem Rechtsruck entgegensetzen können.

Heidi Reichinnek, Ines Schwerdtner, Jan van Aken und Sören Pellmann betraten gemeinsam die Bühne – ein Zeichen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Fraktion, die in den Jahren zuvor so oft fehlte, aber jetzt den Grundstein für das Comeback der Linken legte. Heidi verbreitete in ihrer Rede gute Stimmung und stimmt auf die Wahlen in den kommenden 2 Jahren ein. Wie wäre es mit einem linken Regierenden Bürgermeister für Berlin? Links ist die Zukunft!

Wir sind nicht käuflich, wir halten unsere Versprechen. Das macht uns stark, so Heidi, aber auch zum Ziel von Attacken. Hätten unsere Gegner vor einem Jahr die Linke noch verhöhnt, haben sie nun Angst vor uns: die Reichen, die Wirtschaftsbosse, die Springerpresse. Besonders scharf waren die Attacken gewesen, als Heidi kurz vor dem Parteitag von der Abschaffung des Kapitalismus sprach. Aber sie steht dazu. Ein Wirtschaftssystem, in dem Rentner Flaschen sammeln, Kinder hungrig in der Schule sitzen, Arbeitslose schikaniert werden, Krankenhäuser Profit machen müssen und Inklusion sich nicht lohne, müsse abgeschafft werden, denn es habe mit Demokratie rein gar nichts zu tun. Ja, Die Linke sei radikal, und müsse es auch sein in diesen Zeiten! Ein gutes Leben für alle ist möglich. Wir stellen die Eigentums- und Verteilungsfrage, wir kritisieren Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft – und das fürchten die anderen. AfD-Verbot jetzt!, forderte Heidi. Während die neue Regierung mit Sozialabbau der AfD den Nährboden bereite, sei es Aufgabe der Linken, den Menschen Hoffnung zu geben.

Es lohnt sich, Heidis tolle Rede im Internet noch einmal anzuschauen. Es war genau die richtige Einstimmung für den Parteitag.

Fortsetzung auf Seite 3

FRAUENTAG 2025

Zum 8. März hatte der Kreisvorstand Die Linke LRO zu einer Frauentagsfeier in das Büro des Kreisvorstandes in Güstrow eingeladen. Es war eine tolle Frauentagsfeier, die von den Genossinnen Rosi Panowa, Karen Larisch und Heike Müller organisiert und gestaltet wurde. Dafür gilt den drei Frauen unser besonderer Dank.

Es gab ein tolles Büfett mit Kuchen, belegten Brötchen und heißen Würstchen. Ja, und auch genügend geistige Getränke waren vorrätig. Dafür hatten auch einige der Besucher gesorgt. Es gab sehr anregende Gespräche, und dann wurde auch noch gesungen.

Ein kleines Dankeschön auch an unseren Landtagsabgeordneten Michael Noetzel, der den Frauen einen Blumenstrauß mitbrachte. Begrüßen konnten wir auch ein Neumitglied der Partei, dem sein Mitgliedsbuch feierlich überreicht wurde.

Alles in allem war es eine schöne Veranstaltung. Nochmals unser Dank an Rosi, Karen und Heike.

Birgit und Gerd Runge

In dieser Ausgabe:

Seite 2: Kreistagsfraktion
Seite 3: Bundesparteitag
Seite 4/5: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: Ostermärsche
Seite 6/7: Sondervermögen
Seite 7: Termine
Seite 7: Tag der Befreiung
Seite 8: Aus dem Kreistag

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Neumitglieder,
Ihr lest den KLARTEXT, die Mitgliederzeitung der Kreisverbände Rostock und Landkreis Rostock. Der KLARTEXT ist seit über 30 Jahren eine Chronik unserer politischen Arbeit und eine Diskussionsplattform. Auf www.dielinke-rostock.de findet Ihr auch viele ältere Ausgaben. Beteiligt Euch gerne an der Gestaltung unserer Zeitung!
Angeblich hat sich die Lesekompetenz junger Menschen in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Bloß keine langen Texte! Nein, den Gefallen tun wir Euch nicht!
Wir berichten ausführlich über den Bundesparteitag, der ganz im Zeichen des Comebacks der Linken stand. Konflikte gibt es trotzdem, und wenig überraschend ist es die Außenpolitik, die bei uns polarisiert. Im Ukrainekrieg und im Gazakrieg gibt es in der Linken unterschiedliche Perspektiven auf die Konflikte und divergierende Ansichten darüber, wie Solidarität mit den Angegriffenen auszusehen hat. Wolfgang Methling beschreibt das Dilemma in seinem Artikel über die Rostocker Ostermärsche sehr gut. Auch der Tag der Befreiung wurde von Linken ganz unterschiedlich begangen.
Anstatt sich über Antisemitismus-Definitionen in die Haare zu kriegen, sollten auch Bundesparteitage viel mehr über Kommunalpolitik reden. Ja klar ist das viel zu langweilig für alte und junge Revoluzzer*innen, die aber trotzdem gerne unsere Berichte über die letzten zwei Bürgerschaftssitzungen und die Sitzung des Kreistages lesen können, aber nicht müssen.
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Tag der Befreiung in Rostock

80 Jahre Befreiung vom Nazi Terror.
Am 01. Mai 1945 befreite die Rote Armee Rostock. Am 08. Mai gedenken wir jedes Jahr auf dem Puschkinplatz der unzähligen Opfer in unserer Stadt und weltweit.
Unsere Verantwortung endet nicht mit dem Blick in die Vergangenheit. Wir haben auch heute die Pflicht, entschlossen für Frieden und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und autoritäre Tendenzen einzutreten - in Rostock, in Deutschland und weltweit.
Gestern wie heute gilt: Kein Fußbreit den Faschisten! Gegen Hass und Hetze! Für eine solidarische, vielfältige und glückliche Gesellschaft!

AKTUELLES

Unsere Fraktion im Landkreis Rostock

Seit der Kommunalwahl 2024 in M-V hat sich unsere Fraktionsstärke von 11 auf 6 Mitglieder verringert. Eine Herausforderung für uns Alle, denn die Aufgabenfelder sind geblieben, sie werden gefühlt immer mehr. Durch die verringerte Fraktionsstärke haben wir in den Fachausschüssen im Unterschied zu den vorangegangenen Legislaturen statt zwei auch nur noch jeweils eine Vertretung.

Von links nach rechts: Birgit Schwebs Hanstorf, Peter Georgi Roggentin, Karen Larisch Güstrow, Prof. Dr. Wolfgang Methling Niendorf, Karin Schmidt Laage, Margitta Maerz Schwaan.

Im Präsidium des Kreistages vertritt uns Prof. Dr. Wolfgang Methling. Birgit Schwebs ist im Jugendhilfeausschuss und Karin Schmidt als Fraktionsvorsitzende im Kreisausschuss und in der Mitgliederversammlung des Landkreistages. Karen Larisch ist Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit. Margitta März engagiert sich im Ausschuss für Bildung, Kultur und Gesundheit. Peter Georgi ist im Eigenbetriebsausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss. Alle Mitglieder sind darüber hinaus auch Stellvertreter anderer Mitglieder.
Die Fraktion wird außerdem von sachkundigen Einwohnern unterstützt, die sich ebenfalls in verschiedenen Ausschüssen einbringen. Grit Kowalski als Stellvertreterin im Gesundheitsausschuss des Landkreistages, Dr. Peter Strauer im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung und Umwelt. Peter Hörnig vertritt uns in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbands und im Aufsichtsrat des Rebus. Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen wird die Fraktion durch Bernd Losand vertreten. Dr. Kerstin Neuber ist Mitglied des Gesundheitsausschusses im Landkreistag. Sven Sauer ist Vorsitzender des Verwaltungsrates und Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Rostock. Im Falle seiner Verhinderung wird er dort von Christian Böhme vertreten.

BERICHT VOM PARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner griff in ihrer Rede Heidis Forderung nach Überwindung des Kapitalismus auf. Man überwinde damit eine Gesellschaftsordnung, die die Menschen knechte. Den Menschen Würde und Gesundheit wiederzugeben sei der Kern unserer Politik. Wir seien auf dem Weg zu einer organisierenden Klassenpartei, einer kampagnenfähigen Partei mit Fokus, einer Partei, die wie eine Universität für alle sei und uns bilde, in der Arme und Arbeitende, Junge und Ältere mit ihrem Erfahrungsschatz einen Platz haben. Wichtig sei ihr, so Ines, dass es in der Partei einen solidarischen Umgang miteinander, eine Kultur revolutionärer Freundlichkeit gebe, eine Kultur, die uns nicht zerreißt. Nur so könne man glaubwürdig für eine solidarische Gesellschaft kämpfen. Bei Konflikten müsse es verbindliche Entscheidungsprozesse geben, auch dafür gebe es den Leitantrag. Dazu passte auch, dass Sören Pellmann als Vorsitzender der Bundestagsfraktion einen neuen Stil in der Zusammenarbeit der Abgeordneten ankündigte.

Jan van Aken definierte in seiner Rede den Fokus linker Politik in der nahen Zukunft: der Kampf gegen hohe Mieten und hohe Preise – also jene Themen, die im Haustürwahlkampf den Menschen am meisten unter den Nägeln brannten. Wenn alle Unzufriedenen aufstünden, könne uns niemand stoppen. Die neue Bundesregierung habe für diese Probleme keinen Plan, der Bundeskanzler wisse gar nicht, wie es den Menschen im Land gehe. Jan forderte eine Übergewinnsteuer für Rüstungsbetriebe, denn niemand dürfe am Leid anderer Menschen verdienen.

Splitter aus der Generaldebatte: Bodo Ramelow lobte den neuen Papst, weil der sich in seiner ersten Ansprache für den Frieden aussprach und sich für jene Menschen einsetzte, die leiden. Die Linke könne das Land nur verändern, so Bodo, wenn sie Bündnisse eingehe mit Gleichgesinnten, auch unterm Kirchendach. Christoph Spehr aus Bremen forderte eine strategische Debatte ein, welche Bündnispartner Die Linke im Kampf gegen die AfD gewinnen will. Auch die CDU?

Und die äußere Sicherheit? Es gab Stimmen, die die Vorbereitung eines Krieges gegen Russland beklagten und die Botschaft an Friedrich Merz richteten, dass keine Genossen bereit seien, sich an Kriegen zu beteiligen. Andererseits wurde auch ein notorisches Festhalten an Glaubenssätzen beklagt, die sich immer weiter von der Realität entfernen würden. Manche friedenspolitischen Anträge an den Parteitag seien so formuliert, dass diese Glaubenssätze vorbehaltlos zu akzeptieren seien. Dabei gebe es doch einen Grund für die Aufrüstung, nämlich den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Aus den zahlreichen friedenspolitischen Anträgen formten Parteivorstand und Antragsteller einen gemeinsamen und dann so beschlossenen Antrag, zu dem es eine kurze intensive Generaldebatte gab, in der die oben benannten Argumente aufeinandertrafen. Manches blieb unvereinbar: Auf der einen Seite die Forderung der BAG Frieden nach „Butter statt Kanonen“ – eine Formulierung, die vor über 100 Jahren entstand – und auf der anderen

Die Delegierten aus M-V

Seite das Plädoyer von Delegierten, beim Thema Aufrüstung „nicht alles panisch in einen Topf zu werfen“, sondern auch Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung zu berücksichtigen. Nicht nur immer dagegen sein, sondern mit überzeugenden Alternativen in die Bevölkerung gehen – das ist laut Wulf Gallert die Aufgabe für die nächsten Jahre. Laut Leitantrag soll bis 2027 ein Programmprozess abgeschlossen sein, „um unser Programm in einigen Punkten im Heute zu verankern“. „Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen. Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.“

Diesem Anspruch wurde der Parteitag nicht gerecht, siehe Debatte zum Krieg in Gaza. Wie weit darf Kritik an Israel bzw. an der israelischen Regierung gehen, ohne ins Antisemitische abzudriften bzw. ohne als Antisemit denunziert zu werden? Diese Frage ist für viele Linke die wichtigste überhaupt, sollte aber auf vergangenen Parteitagen nicht entschieden werden. Aus guten Gründen: Zu sehr spaltet das Thema die Partei. Unter großem Zeitdruck wurde nun in Chemnitz doch nach einer vierminütigen Debatte entschieden. Jan van Aken sprach sich im Namen des Parteivorstands dagegen aus, eine wissenschaftliche Debatte über Antisemitismusdefinitionen per Parteitagsbeschluss zu beenden. Die Delegierten entschieden knapp anders. Die Linke orientiert sich künftig an der Jerusalemer Erklärung. Schnell wurde aus der Partei Kritik laut, dass Die Linke nicht mehr gegen jede Form von Antisemitismus stehe. Schließlich darf man als Parteimitglied nun das Existenzrecht Israels in Zweifel ziehen.

Auf dem Parteitag wurde auch der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer gedacht. Ist es nicht ein bisschen fragwürdig, dass Partei und viele Genoss*innen instagramtauglich den Tod Friedländers betrauern, sich gleichzeitig aber beim Thema Antisemitismus möglichst viel Spielraum leisten wollen? Die Energie, mit der manche Linke diese Diskursverschiebung vorantreiben, lässt tief blicken und wird noch viele Debatten nach sich ziehen. Dabei ist man sich in der klaren Verurteilung der israelischen Gewalt eigentlich einig. Warum wurde also dieser Streit vom Zaun gebrochen?

Was gab’s noch? Abgeordnete der Linken sollen künftig einen Teil ihrer Diäten in einen Sozialfonds einzahlen. Die Linke will sich im Bundestag für eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden einsetzen. Was heißt das für die Linke konkret? Offen.

Gut ging der Parteitag für die linken Ministerinnen in Bremen und M-V aus. Knapp scheiterte ein Antrag des Jugendverbandes, in dem sie wegen ihrer Zustimmung zum Bundeswehr-Sondervermögen zum Rücktritt aufgefordert wurden. Der Parteivorstand teilt zwar die Kritik, möchte aber andere Mechanismen entwickeln, die ein solches Verhalten gegen die „Parteilinie“ ausschließen sollen.

Der Parteitag sprach sich gegen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste aus, will die Arbeiterklasse in der Partei stärker fördern. Mit dem Singen der Internationale endete der Bundesparteitag.

Berichterstatter: Carsten Penzlin

BERICHT AUS DER BÜRGERSCHAFT

Wir berichten heute über zwei Bürgerschaftssitzungen. **Los geht es mit dem 26.3.**

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurde ein Thema angesprochen, das uns alle angeht: herrenlose Einkaufswagen im Stadtbild. Der Bürger H. D. präsentierte auch gleich die Schuldigen: Während ordentliche Bürger ihren Einkaufswagen schon mal auf der Wiese vor ihrem Haus „vergessen“, müsse bei Jugendlichen und „Assis“ Vorsatz unterstellt werden. Die Bürgerschaft solle nun die Rechtsgrundlage schaffen, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu unterbinden. Ordnungssenator Chris Müller von W. führte in den Paragrafendschungel ein und identifizierte eine Regelungslücke. Die Stadt könne aufgrund fehlender Ressourcen diese Lücke aber nicht schließen bzw. die Körbe einsammeln.

Auf Antrag unserer Fraktion soll es bald in Bussen und Straßenbahnen an touristischen Hotspots und relevanten Umsteigepunkten zweisprachige Haltestellenansagen (Deutsch und Englisch) geben.

Kontroverse Diskussionen löste ein typischer FDP-Antrag aus, der einen „Bürokratieinfarkt“ in Rostock an die Wand malte und die Oberbürgermeisterin aufforderte, überflüssige Satzungen zu vereinfachen oder gleich ganz abzuschaffen. Eva beklagte daraufhin die Wortwahl der FDP, da der inflationäre Gebrauch von Wörtern wie Infarkt, Chaos, Krise und Katastrophe staatliches Handeln delegitimiere und die Menschen verunsichere. Prinzipiell unterstützt sie das Anliegen, Satzungen zu entschlakken, wies aber am Beispiel der Strandsatzung darauf hin, dass sich viele Menschen eben doch eine detaillierte Regelung wünschen. Eva wünscht sich eine direkte Einbeziehung der Betroffenen schon während der Er-/Überarbeitung der Satzung sowie einen anschließenden Praxis-Check, um bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen. Es folgte eine ausführliche, sachliche, aber letztlich ergebnislose Debatte, aus der die FDP für sich den Auftrag mitnahm, künftig auf jeder Bürgerschaftssitzung konkret über bestimmte Satzungen zu diskutieren. Am Ende der Debatte beklagte Eva, dass vor allem Bund und Land der Stadtverwaltung durch bürokratische Vorgaben das Leben schwer machen. „Augen auf bei der Berufswahl“, war dazu der dümmliche Kommentar eines BSW-Redners. „Augen auf bei der Parteiwahl“, möchte man ihm zurufen.

Danach wurde eine neue Kurabgabesatzung beschlossen, die aber bald wieder überarbeitet werden muss, wenn Schwerin das neue Tourismusgesetz verabschiedet hat.

Grünes Licht gab die Bürgerschaft für ein neues Wohngebiet in Biestow/Papendorf mit 800 Wohneinheiten. Betroffene Anwohner*innen fürchten um den dörflichen Charakter ihrer Wohnumgebung und beklagten fehlende Bürgerbeteiligung im Biestow-Beirat. Der Ortsbeirat forderte die Anpassung eines Baufeldes, um den Übergang von Dorf zu Geschosswohnungsbau verträglicher zu gestalten. Alle Änderungsanträge wurden jedoch abgelehnt, da das Allgemeininteresse (möglichst viele Wohnungen) das Einzelinteresse überwiege.

Der Doppelhaushalt 2026/27 wirft seine Schatten voraus. Düster sieht es aus. Die Sozialausgaben laufen aus dem Ruder. Bund und Land übertragen Aufgaben an die Kommunen, ohne für Ausfinanzierung zu sorgen. Die Stadt muss zahlen, z.B. für den Bereich Jugend und Soziales 50% der Gesamtauszahlungen unserer Stadt. Der vom Bund nicht refinanzierte Anteil der Stadt beträgt 183 Millionen Euro, das sind 2/3 der Steuereinnahmen Rostocks. Gesetzliche Pflichtausgaben! Die schlechte Finanzlage aller Kommunen ist nicht selbstverschuldet, sondern den Umständen geschuldet: Neben dem bisher Erwähnten reden wir über die schlechte Wirtschaftslage, den Ukrainekrieg, Kostensteigerungen ... Eva fordert Haushaltskonsolidierung ohne nachhaltigen Schaden. (Also anders als unter OB Roland Methling, Anm. d. Autors)

Eva stimmte auf schwierige Debatten ein und wünscht sich gemeinsame Lösungen. Sie verwies auch darauf, dass sich seit 2018 die Kosten für die Kitas verdoppelt hätten und stellte die Kostenfreiheit für alle in Frage. Ein Fingerzeig an die Landesregierung.

Die **Bürgerschaftssitzung vom 30. April** begann mit der Information, dass die Fraktion des BSW nicht mehr existiert. Brigitte Dade und Toralf Herzer wechselten in die Linksfraktion, die damit stärkste Fraktion in der Bürgerschaft ist. Beide wurden einstimmig aufgenommen. Sie sind keine „Rückkehrer“ bzw. Ex-Linke, sondern haben nach langen Querelen in der Fraktion des BSW ihre Konsequenzen gezogen.

Der Rostocker Bund bildet nun mit den Freien Wählern und Lajos Orban (der die BSW-Fraktion auch verlassen hat) eine neue Fraktion. Die Auflösung der BSW-Fraktion wurde durch eine Schlammschlacht in den Medien und sozialen Netzwerken begleitet. Egal.

Alle Anträge des BSW und einige weitere Anträge wurden von der Tagesordnung genommen. Dies gilt auch für den Antrag der Linken zum Klenow Tor und Südstadt Center, der in die Ortsbeiräte überwiesen wurde. Die Zeit solle man sich nehmen, meinte die SPD, was angesichts der dramatischen Lage vor Ort absolut unverständlich ist. Während es schon einen Haftbefehl gegen den Eigentümer der beiden Center gibt, will Die Linke die Oberbürgermeisterin beauftragen, eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung örtlich tätiger Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften sowie interessierter Akteure der privaten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zu bilden, um sich an möglichen Zwangsversteigerungsverfahren zu beteiligen. Das erscheint einer Mehrheit der Bürgerschaft zu radikal, und so legt man die Hände lie-

ber in den Schoß. Dabei sind die beiden Center mit ihren Mietern (Einzelhandel, Ärzte, Verwaltung, etc.) in den Stadtteilen unverzichtbar. Dass Eigentum verpflichtet, leuchtet der Bürgerschaft leider nicht ein. Zum Glück tun Ämter der Stadt und das Büro der OBin alles ihr Mögliche, um die Situation für die Mieter leichter zu machen.

Am liebsten würden die anderen Fraktionen alles dem Markt überlassen. Da überrascht es dann doch, dass sich CDU und FDP stark für das Projekt „Nette Toilette“ einsetzen. Weil es zu wenig öffentliche Toiletten in der Innenstadt und Warnemünde gebe (Ist das so, und wenn ja, warum wohl?), sollen gastronomische Betriebe von der Stadt dafür bezahlt werden, dass sie ihre Toiletten auch für Gäste öffnen. Während CDU und FDP sonst immer Verwaltung und Haushalt von Belastungen verschonen möchten, zählen solche Argumente nun nicht mehr. Hannes Möller begründete die Ablehnung seitens unserer Fraktion mit dem breiten Angebot an Toiletten an den touristischen Schwerpunkten. Dort, wo es noch Defizite gibt, seien Neubauten geplant oder bereits in Umsetzung. Der Verwaltungsaufwand zur Umsetzung der „Netten Toilette“ sei zu hoch, der Nutzen angesichts eingeschränkter Öffnungszeiten und fehlender Barrierefreiheit in der Gastro überschaubar. Symbolpolitik sei der Antrag, der trotzdem eine Mehrheit fand.

Unsere Fraktion forderte in einem Antrag eine Aufklärungskampagne über die Gefahren des Badens in der Ostsee. Angesichts zahlreicher Badetoter in den vergangenen Jahren eine sinnvolle Sache. Die Oberbürgermeisterin wies darauf hin, dass beim Brandschutz viel getan werde und es seit 2014 keinen Feuertoten in Rostock gegeben habe. Die Gefahr in und auf dem Wasser werde aber immer noch stark unterschätzt. Eric Adelsberger unterstellte der Linken, diesen Antrag nur für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu stellen. Damit kennt er sich ja aus, denn seine Fraktion FDP/Die Partei/UfR lebt nur dafür. Der Antrag wurde trotzdem angenommen.

Der islamische Verein Sahaba möchte in Evershagen eine alte Kita zu einem Gemeindezentrum/Gebetsstätte umbauen. Die AfD nahm sich des Themas an, so dass es hierzu eine Aussprache gab. Aus Sicht der AfD würden sich zahlreiche Anwohner Sorgen machen (Lärm, Parkplätze), hätten aber Angst, diese Sorgen in der Bürgerschaftssitzung zu artikulieren. Auch sei es nicht gelungen, einen „säkularisierten Imam“ in die Sitzung zu bekommen – wieder aus Angst. Angst wovor, das blieb unklar. Senatorin Fischer-Gäde erklärte, dass die Verwaltung den Bauantrag neutral prüfe. Die Oberbürgermeisterin nahm eine politische Wertung vor und warnte davor, die Augen vor dieser heiklen Situation zu verschließen. Die Stadt handle immer aufgrund der bestehenden Rechtslage, könne z.B. die Entgegennahme des Bauantrages nicht verwehren. Gleichwohl informiere sich die Stadt über den Verein Sahaba, woraus sich auch politische und gesellschaftliche Diskussionen ergeben könnten. Eva kündigte eine Einwohnersprechstunde für Evershagen an, um auch über das Thema Sahaba zu reden.

Berichterstatter: Carsten Penzlin

Klenow-Tor retten – nicht aufgeben! Die Linke in der Bürgerschaft fordert ernsthafte Lösungen und würdigt Engagement der Stadt

PRESSEMITTEILUNG
Statt den Eigentümer zur Verantwortung zu ziehen, schlägt die CDU mobile Containerlösungen und die Nutzung städtischer Immobilien und damit den Auszug aus dem Klenow-Tor vor. „Wir würdigen jeden Lösungsversuch, aber dies ist ein Vorschlag, der die Stadt in eine rechtlich fragwürdige Zwangsrolle drängt und zugleich den Eigentümer vollständig aus seiner Verantwortung entlässt“, so der Vorsitzende der Linksfraktion in der Bürgerschaft Christian Albrecht. „Wenn sich die CDU ernsthaft für die Unterbringung von Geflüchteten interessiert hätte, wüsste sie auch, wie schwer es ist, derzeit überhaupt an Container zu kommen. Zudem stehen in Groß Klein keine adäquaten Immobilien für eine ähnliche Nutzung frei.“
„Mit ihrem Vorschlag gibt die CDU das Klenow-Tor faktisch auf“, erklärt Albrecht. „Anstatt den Leerzug aus dem Klenow-Tor zu forcieren, braucht es ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten, damit alle Mieterinnen und Mieter trotz des verantwortungslosen Eigentümers im Klenow-Tor bleiben können.“ Deshalb unterstützen wir das entschlossene Handeln der Stadtverwaltung: „Wir begrüßen, dass die Stadt derzeit aktiv Gespräche mit den Mieterinnen und Mietern im Klenow-Tor führt, um tragfähige Lösungen zu finden. Das ist genau der richtige Weg – kooperativ, rechtskonform und an der Seite der Betroffenen.“
Um eine echte Perspektive für das Klenow-Tor und das Südstadt-Center zu eröffnen, hat die Linksfraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Bildung einer kommunalen Erwerbsinitiative zum Ziel hat. Eine solche Arbeitsgemeinschaft – unter Einbeziehung von Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und weiteren Partnerinnen und Partner – soll die Stadt in die Lage versetzen, bei möglichen Zwangsversteigerungen strategisch handlungsfähig zu sein. „Wir wollen vorbereitet sein, wenn es ernst wird. Das Klenow-Tor und auch das Südstadt-Center müssen wieder in verantwortungsvolle Hände“, so Albrecht.

OB Eva-Maria Kröger kondoliert zum Ableben Manfred Schukowski

Mit großer Bestürzung und Trauer hat Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger die Nachricht vom Ableben des verdienten Rostocker Wissenschaftlers Prof. Dr. Manfred Schukowski aufgenommen.
„Rostock verliert mit ihm einen äußerst engagierten Denkmal-Bewahrer. Wie kein anderer hat sich der Physiker und Astronom Manfred Schukowski nicht nur für den Astronomie-Unterricht an den Schulen in Ostdeutschland engagiert. Seine vergangenen Lebensjahrzehnte waren insbesondere der Erforschung und dem Erhalt der Astronomischen Uhr in der Rostocker St.-Marien-Kirche gewidmet. Ein Höhepunkt dabei war die Einweihung des neuen Kalendariums der Astronomischen Uhr zum Start des Doppeljubiläums 800 Jahre Rostock – 600 Jahre Universität. Sein Herzenswunsch, dass die Uhr als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt wird, hat sich bisher nicht erfüllt, und wird von Mitstreiterinnen und Mitstreitern im gleichnamigen Verein weiterverfolgt werden. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden.“ Bildrechte: Fedor Mitschke

EINDRÜCKE VON ZWEI OSTERMÄRSCHEN IN ROSTOCK

Erstmals fanden in diesem Jahr in Rostock am Ostersonnabend zwei Ostermärsche statt. Traditionell startete das Rostocker Friedensbündnis um Cornelia Mannewitz um 14.00 Uhr mit der Kundgebung am Matrosendenkmal. Da Frau Mannewitz erneut darauf aufmerksam gemacht hatte, wer beim Ostermarsch des Rostocker Friedensbündnisses nicht willkommen ist: AfD und sogenannte Querdenker, organisierte das Friedensbündnis Norddeutschland eine Gegenveranstaltung um 10.00 Uhr ebenfalls am Matrosendenkmal, zu der alle willkommen waren. Die überlagernde Konfliktlinie war erwartbar nicht nur die Offenheit für reaktionäre Kräfte, sondern auch die Positionierung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine. Ich ging zu beiden Kundgebungen, war mir aber nicht sicher, wo ich mich richtig und wohl fühlte. Die Veranstaltung des norddeutschen Bündnisses (Anmelder Gerdt Puchta) hatte Tino Eisbrenner als prominenten Kultur- und Friedensbotschafter gewonnen. Grußworte der ehemaligen Bischöfin Käßmann und Eugen Drewermann folgten später. Ich schätze, dass ca. 500 Menschen an dieser Veranstaltung teilnahmen, darunter viele mir bekannte Mitglieder der Linkspartei, des BSW, aber auch von AfD u.a. Fahnen der Parteien sah ich nur vom BSW, nicht von der Linkspartei. Das Beste war für mich der Auftritt von Tino Eisbrenner, wenngleich er indirekt pro Russland sang und sprach. Der Redner am Matrosendenkmal verurteilte die Militarisierung, insbesondere in Rostock, und sprach sich für die Ostsee als Meer des Friedens aus, wandte sich allgemein gegen eine Verurteilung Russlands, ohne ein Wort zum Krieg gegen die Ukraine zu verlieren. Da war mir die Lust zur Teilnahme am Marsch vergangen. Schräg geteilte Deutschland- und Russland-Fahne, Westen mit „Drushba“-Aufschrift und Schilder mit „Hände weg von Russland“ (siehe Foto) steigerten meine Unlust. Wie ich später hörte, sprach während des Marsches auch heftige Kritikerin der Corona-Maßnahmen.

An der Veranstaltung des Rostocker Friedensbündnisses nahmen ca. 150 Leute teil, auch ein paar Linke, aber bedeutend weniger als vormittags. Das BSW war wieder gut sichtbar mit Fahnen dabei, wie auch MLPD, Rebell, Sol und andere linke Gruppen außer der Linkspartei. Sympathisch war der Auftritt der Ärzte für den Frieden (IPPNW) mit einem Redebeitrag gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens und die Teilnahme christlich orientierter Menschen. Es gab Schilder gegen den Imperialismus der USA und Russlands (siehe Fotos). An der Gedenktafel für die Befreiung von Kriegsgefangenen an der ehemaligen Neptunwerft-Halle hielten Vertreter der MLPD und von Rebell engagierte antikapitalistische und friedenspolitische Reden mit der Verurteilung der Aggression Russlands gegen die Ukraine und der imperialistischen Bestrebungen der USA und Russlands.

In der Nachbetrachtung muss ich feststellen, dass ich mich bei der Veranstaltung des Rostocker Friedensbündnisses besser gefühlt habe. Richtig wohl war mir bei beiden Ostermärschen nicht. Wegen der sichtbaren Zerrissenheit der Linken, aber auch weil ich keinen Redebeitrag eines Vertreters der Linkspartei hören konnte, der einerseits die Vorgeschichte des Krieges Russlands gegen die Ukraine erklärt, andererseits aber diesen brutalen Bruder-Krieg als Versuch zur Revision der Ergebnisse der historischen Entwicklung in der Sowjetunion und nach dem Zerfall der Sowjetunion verurteilt.

Prof. Wolfgang Methling

FRIEDENSPOLITIK

Die Linke M-V: Gemeinsamer Beschluss von Landesvorstand und Landesausschuss

Landesvorstand und Landesausschuss haben in ihrer Sitzung am 5. April 2025 beschlossen:

Seit Wochen wird das Abstimmungsverhalten der Landregierung im Bundesrat zur Grundgesetzänderung kontrovers diskutiert. Dem vorangegangen ist ein intensiver Austausch zwischen Landesvorstand, Landtagsfraktion und Regierungsvertreter*innen. Auch mit den Genoss*innen aus Bremen und den Parteivorsitzenden waren wir in engem Austausch. Im Ergebnis konnte keine gemeinsame Position von Landesvorstand, Landtagsfraktion und Regierungsvertreter*innen gefunden werden. Während der Landesvorstand mehrheitlich eine Enthaltung im Bundesrat empfohlen hat, haben die Regierungsvertreter*innen und die Mehrheit der Fraktion für Zustimmung plädiert, weshalb schließlich keine Enthaltung zustande gekommen ist. Unabhängig davon wurde eine Protokollerklärung der Landesregierung zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat einmütig zwischen Landesvorsitzendem, Landtagsfraktion und Regierungsvertreter*innen geeint.

Begleitet wurde die Bundesratsabstimmung durch zahlreiche Zuschriften aus der Mitgliedschaft, die das Abstimmungsverhalten hinterfragt haben. Ein Mitgliederbrief durch die Beteiligten hat Transparenz zum Entscheidungsprozess hergestellt und die unterschiedlichen Sichtweisen erläutert. Im Zuge der Debatte wurden auch öffentliche und persönliche Vorwürfe geäußert, die den solidarischen Umgang innerhalb der Partei verletzt haben. Derartige Äußerungen und persönliche Angriffe weisen wir entschieden zurück.

Wir erkennen gleichzeitig an, dass das Abstimmungsverhalten im Bundesrat, neben vereinzelten zustimmenden Äußerungen, mehrheitlich Unmut in der Mitgliedschaft hervorgerufen hat. Landesvorstand und Landesausschuss stellen deshalb fest,

1. dass Partei, Fraktion und Regierungsvertreter*innen die einseitige Öffnung der Schuldenbremse für den Bereich Verteidigung kritisieren. Wir alle positionieren uns klar gegen die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung, wie sie derzeit zu beobachten ist. Gleichzeitig wissen wir um die zivilen Investitionsbedarfe, die es im Land und in den Kommunen gibt. Die Strukturmillionen werden auch bei uns vor Ort dringend benötigt.
2. dass Landesregierung und Landesvorstand verschiedene Rollen ausfüllen und Verpflichtungen haben, aus denen sich unterschiedliche Sichtweisen auf politische Entscheidungen ergeben können. Damit einher geht, dass es einen abwägenden Umgang zwischen den Erwartungen einer Regierungsbeteiligung und den pro-

grammatischen Grundsätzen der Partei braucht.
3. dass die Zustimmung im Bundesrat nach wie vor umstritten ist. Nach Überzeugung von Landesvorstand und Landesausschuss war die Zustimmung ein Fehler. In Konsequenz unserer inhaltlichen Kritik und der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages hätte eine Enthaltung gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzt werden sollen.
4. entsprechend der Bundesratsklausel im Koalitionsvertrag beim Abstimmungsverhalten im Bundesrat insbesondere die Interessen des Landes absoluten Vorrang haben. Unabhängig davon soll Uneinigkeit zwischen Partei, Fraktion und Regierungsvertreter*innen zukünftig vermieden werden. Alle Verantwortungsträger*innen sind aufgefordert, künftig rechtzeitig eine gemeinsame politische Linie zu entwickeln und zu vertreten. Für den Umstand, dass das in diesem Fall trotz intensivster Beratungen nicht gelungen ist, übernehmen Landesvorstand, Regierungsvertreter*innen und Fraktion die gemeinsame Verantwortung.
5. dass die rot-rote Koalition, insbesondere die links-geführten Häuser, großartige Arbeit für unser Bundesland leisten. Wir schätzen die wichtige Arbeit, die unsere Parlamentarier und unsere Regierungsvertreter*innen unter schwierigen Bedingungen jeden Tag leisten.
Für die Zukunft halten Landesvorstand und Landesausschuss fest, dass:
1. sich Landesvorstand, Regierungsvertreter*innen und Fraktion frühzeitig darüber in Kenntnis setzen und verständigen, wenn im Bundesrat Vorlagen behandelt werden, zu denen es absehbar Diskussionsbedarf gibt, weil sie die Grundsätze unserer Parteiprogrammatik berühren. Hierzu zählt auch die frühzeitige Kommunikation mit unserer Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand.
2. sich die Landtagsfraktion in solchen benannten Ausnahmefällen erst zu einer Beschlussempfehlung zusammenfindet, nachdem der Landesvorstand die Möglichkeit für eine Positionierung hatte. Sollte in Zukunft bei Vorlagen im Bundesrat, die die Grundsätze unserer Parteiprogrammatik berühren, keine mehrheitliche Einigkeit zwischen den Gremien Landtagsfraktion und Landesvorstand hergestellt werden, sind die Regierungsmitglieder der Partei Die Linke aufgefordert, eine Enthaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat dringend zu ermöglichen.
3. es für Landesvorstand, Regierungsvertreter*innen und Fraktion auch in Zukunft höchste Priorität hat, möglichst zu gemeinsam getragenen Positionierungen innerhalb der Koalition zu kommen. Hierbei verpflichten wir uns einem solidarischen Umgang, der die unterschiedlichen Rollen aller Akteure würdigt und ihre Beweggründe ernst nimmt.
4. parteiinterne Konfliktsituationen - wie die jetzt Entstandene - verhindert werden müssen. Das ist die gemeinsame Verantwortung von Landesvorstand, Regierungsvertreter*innen und Fraktion gegenüber unserer Partei.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe (Spende + Versandkosten)

TERMINE

WANN?	WAS?	WO?
Do., 15.5., 19.00 Uhr	RLS: „Sorgende Städte. Wie geht feministisches Vergesellschaften?“	Peter Weiss Haus
Sa., 17.5., 10.00 Uhr	„Herausforderungen für eine linke ökologische Politik“ Veranstaltung der LAG Ökologische Plattform und des Kommunalpolitischen Forums	Peter Weiss Haus
Mi., 21.5., 16.00 Uhr	Einweihung des neuen antifaschistischen Gedenkortes	Neuer Friedhof
Mi., 4.6., 16.00 Uhr	Sitzung der Rostocker Bürgerschaft	

Alle zwei Wochen trifft sich am Donnerstag um 19 Uhr der Stammtisch der Rostocker Linken. Ort und Zeit auf Nachfrage bei der Geschäftsstelle.

Ausführliche Informationen zu Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung findet Ihr im Netz auf mv.rosalux.de

Die Linke im Landkreis Rostock beging den 8. Mai mit Veranstaltungen in Bad Doberan, Güstrow, Lalendorf und Schwaan. Herzlich begrüßt wurde ein Vertreter der Russischen Botschaft.

KOMMUNALPOLITIK

Aus dem Kreistag Landkreis Rostock: Zur Zukunft des Thünen-Museums-Tellow und des Thünengutes Tellow

In der Kreistagssitzung am 19.2.2025 wurden wir mit dem Antrag der Fraktion AfD – Bündnis Deutschland „Thünengut Tellow als wichtige Bildungs- und Kultureinrichtung erhalten“ konfrontiert. Der Antragtext enthielt einen Appell an Bund und Land, das Thünengut Tellow gemeinsam weiterzuentwickeln und zu fördern, und die Beauftragung des Landrates, ein tragfähiges Nutzungskonzept zu erstellen und Fördermöglichkeiten für die Wiederinbetriebnahme und zum Erhalt des Thünengutes zu prüfen.

Was auf den ersten Blick sehr sinnvoll erschien, erwies sich beim zweiten Blick als populistisch und in der Sache daneben. Denn eigentlich geht es um das Thünen-Museum-Tellow, das seit mehreren Jahren geschlossen ist. Ein Thünengut Tellow existiert nicht mehr. Die zwischenzeitlich gegründete Thünengut Tellow gGmbH befindet sich in Liquidation. Die dem Land gehörenden ca. 350 ha umfassenden Flächen werden auch nicht mehr vom Gut Dummerstorf bewirtschaftet, sondern von zwei Landwirten gepachtet und genutzt. Die ehemals von der Thünengut Tellow gGmbH errichtete Photovoltaik-Anlage wird von dem ehemaligen Betreiber Fürstenhof GmbH betrieben. Gewinne fließen weder der Thünengut Tellow gGmbH noch dem Thünen-Museum zu.
Die PDS und die LINKE haben seit der politischen Wende im Kreistag schon immer engagiert für die Finanzierung des Thünen-Museums und entsprechende Konzepte gekämpft. Diese konnten aber nicht die Zukunft des weltberühmten Museums sichern. Für den ursprünglich geplanten Weiterbetrieb des Thünengutes Tellow als Mustergut hatte das Thünen-Institut Braunschweig der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft ein Konzept erarbeitet. Dieses wurde nicht umgesetzt und das Thünen-Institut hat zwischenzeitlich sein Engagement zurückgezogen. Das vom Landkreis in Auftrag gegebene Konzept wurde nicht übernommen. Das Museum ist weiterhin geschlossen. Außer der Museumsleiterin Angela Ziegler gibt es kein Personal für den Betrieb des Museums und der anderen Gebäude, die dem Landkreis gehören. Der zuständige Dezernent des Landkreises Stephan Meyer hat eine Konzeption für die schrittweise Sanierung des Museums und der anderen Gebäude mit einem Gesamtfinanzbedarf von ca. 20 Mio. € erarbeitet. Bisher wurden ca. 750.000 € für die Rekonstruktion des Thünen-Stalles und des Parkes eingesetzt. Der Landkreis stellte bisher jährlich 35.000 € für das Thünen-Museum zur Verfügung. Unterstützung für Projekte und Veranstaltungen erhält das Museum von der Thünen-Familie, der Norddeutschen Pflanzenzucht GmbH und der Thünengesellschaft Tellow, die bis zum vergangenen Jahr mit unermüdlichem Einsatz von unserem Genossen Prof. Dr. Fritz Tack geleitet wurde.
Es mangelt nicht an Konzepten zur Wiederinbetriebnahme und Weiterentwicklung des Thünengutes und des Thünen-Museums. Es mangelt am nötigen Geld für die Umsetzung der Konzepte. Angesichts der aktuellen und zukünftigen Haushaltslage des Landkreises sowie der zu erwartenden Reduzierung der Fördermittel des Bundes und des Landes ist die Ausarbeitung weiterer Konzeptionen pure Geldverschwendung. Es ist wenig wahrscheinlich, dass aus dem teuflischen Pakt (Sondervermögen!) für die Aufrüstung und Investitionen Geld für das Museum zur Verfügung gestellt wird.
Der Antrag der AfD-Bündnis Deutschland-Fraktion wurde (wie die Fraktionen der Linken und der Grünen es ursprünglich vorgeschlagen hatten) zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Aus unserer Sicht muss zunächst geklärt werden, ob es eine Aussicht auf Fördermittel und dauerhafte Finanzierung gibt, bevor man weiteres Geld für Konzepterarbeitungen verschleudert. Potenzielle Betreiber und Nutzer stehen zur Verfügung (z.B. Thünen-Stiftung, BUND).

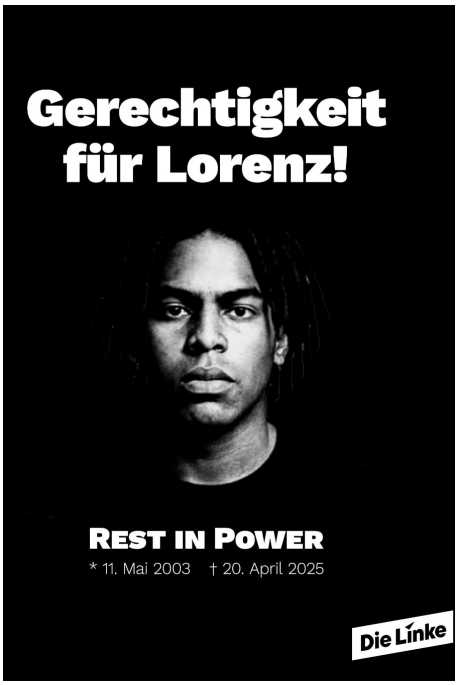
Prof. Wolfgang Methling

Up un Dal

Gewinner: In Demmin haben die Demonstrant*innen des „Aktionsbündnis 8. Mai“ den geplanten Marsch rechtsextremer Teilnehmer der ehemaligen NPD, „Neue Heimat“, durch die Innenstadt verhindert.
Verlierer: Das Bündnis Sahra Wagenknecht in M-V. Ohne Parteibasis und landespolitisches Profil zerbröselt die neue Partei schon ein Jahr nach ihrer Gründung.

ZITAT

„Die Ignoranz der Linkspartei gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, in der die IHRA-Definition (von Antisemitismus) weltweit anerkannt ist, zeigt einen radikalen Kern der Partei, der - getrieben von Israelhass - dazu beiträgt, den Antisemitismus unserer Zeit zu verschweigen.“ Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

ZAHL DES MONATS

Deutlich über 800 Mitglieder hat der Kreisverband der Rostocker Linken wieder. Viele von ihnen engagieren sich auch schon fleißig - in Arbeitsgruppen, in WhatsApp- und Signal-Gruppen, im Jugendverband, beim Stammtisch, auf Demos ... Nicht nachlassen, auch wenn die Partei manchmal nervt!